

# Sozialdemokrat



Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 3. Jänner 1934

Nr. 1

## Ugramer Konferenz wird nicht verschoben!

Belgrad, 2. Jänner. Die erste programmatische Zusammenkunft der Vertreter der Kleinen Entente Staaten im Jahre 1934 findet programmäßig in Ugram vom 8. bis 11. Jänner statt.

## Bölkereintritt Rußlands „nicht ausgeschlossen“

Warschau, 2. Jänner. In Verbindung mit den in der letzten Zeit in der Weltpresse aufgetauchten Nachrichten über den angeblich bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund wandte sich der Moskauer Vertreter der amtlichen polnischen Telegraphenagentur an maßgebende sowjetrussische Faktoren mit einer Anfrage in dieser Angelegenheit. Dort wurde das Gerücht nicht nur nicht dementiert, sondern diese Faktoren äußerten sich dahin, daß eine solche Eventualität nicht ausgeschlossen sei.

## Titulescu geht nicht ins neue Kabinett?

Bukarest, 2. Jänner. Im Ausland kursieren Gerüchte, daß der rumänische Außenminister Titulescu seine Demission überreicht hat. In der Umgebung Titulescus wird erklärt, daß von einer Demission keine Rede sein kann, weil sich Minister Titulescu bisher noch nicht als Mitglied der neuen Regierung Anghelescu erachtet. Minister Titulescu wurde aufgefordert, in die neue Regierung einzutreten, er hat aber bisher noch keine Antwort erteilt.

Titulescu hält sich, wie die Schweizer Depesch-Agentur erfährt, immer noch in St. Moritz auf. Er wartet die Entwicklung der Verhältnisse in Rumänien ab und hält sich eine Stellungnahme noch vor.

## Die Folgen des Ministermordes

Fortdauer des Belagerungszustandes in Rumänien. — Waffenablieferung verordnet.

Nach den letzten Nachrichten herrscht in Rumänien Ruhe. Der Minister für Propaganda und Presse hat zwar der ausländischen Presse die Gründe für die Verhängung des Belagerungszustandes auseinandergesetzt, doch wird er für überflüssig gehalten.

Das Militärkommando ordnete an, daß alle im Besitze von rumänischen Staatsbürgern befindliche Waffen bis längstens 1. März abzuliefern sind. Mit dem Belagerungszustand sind außerdem verbunden: Uniform- und Waffenselbstverbot, Ansammlungen auf öffentlichen Plätzen und Veranstaltungen von Manifestationen oder Umzügen, Theaterfeste und Gastnächten werden um Mitternacht geschlossen. Im ganzen Lande wurde die Pressezensur angeordnet.

## Budget notverordnet

Wien, 31. Dezember. Unter den zahlreichen Notverordnungen in der heutigen amtlichen „Wiener Zeitung“ befindet sich auch der Staatshaushalt für das Jahr 1934, der diesmal im Verordnungswege Gesetzkraft erlangt. Das bedeutet angesichts der klaren Bestimmung der Verfassung über die parlamentarische Erledigung des Budgets einen offenen Verfassungsbruch.

## Neuer Senatspräsident beim Reichsgericht

Berlin, 31. Dezember. (Zupress) Auf Vorschlag des Reichsrats ist der Reichsgerichtsrat Freiherr von Richtig zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt worden. Welchen Senat Richtig übernehmen soll, kann daraus geschlossen werden, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Meldung von der Ernennung Richtigens einer Polemik über das „Fehlurteil von Leipzig“ anhängt.

## Dollfuß baut Brücken zu den Nazis

### Naziführer Frauenfeld aus der Haft entlassen

Wien, 2. Jänner. Der Staatsanwalt hat den Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den beim Wiener Landesgerichte in Haft befindlichen nationalsozialistischen Führer und früheren Landtagsabgeordneten Frauenfeld gestellt.

Das Landesgericht hat diesem Antrage Folge gegeben, Frauenfeld wurde gestern auf freien Fuß gesetzt.

### Steidle-Attentäter begnadigt

Der im Zusammenhang mit dem Attentat auf Dr. Steidle in Innsbruck im Juli v. J. zu drei Jahren Kerker verurteilte Werner von Alvensleben wurde auf ein Gnadenge such seines Vaters hin vom Bundespräsidenten mit Rücksicht auf sein Lungenseiden begnadigt und Sonntag abends auf freien Fuß gesetzt. Er hat gestern bereits Oesterreich verlassen.

### Anbiederung im Rundfunk

Bundeskanzler Dollfuß sprach zu Silvester im österreichischen Rundfunk. Er sagte u. a., der Angriff des Dritten Reiches auf die staatliche Selbständigkeit Oesterreichs habe den Oesterreichern erst den Wert der Eigenständigkeit ins Bewußtsein gerufen; die Parole „Oesterreich erwache“ sei zur Tatsache geworden.

Dollfuß verlangte dann für Oesterreich die politische und militärische Gleichberechtigung, die ja prinzipiell bereits anerkannt sei; auch die Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten müßten verschwinden. In allen Punkten liefen die deutsche und die österreichische Politik parallel. Sie unterscheiden sich aber durch die Ueberzeugung, daß es das Wesen jeder deutschen Politik sein müsse, für deutsches Wesen und deutsche Kultur Sympathien und Freundschaft zu gewinnen. Er halte es für

eine Lebensgefahr für das Deutschtum, eine Politik der Isolierung und der Selbstentzweiung zu betreiben. Eine Politik der reinen nationalen Autarkie betreiben zu wollen, bedeutet angesichts der gegenwärtigen Weltlage eine Katastrophopolitik. Diese notwendige Zusammenarbeit sei aber nur auf Grundlage der Gleichberechtigung möglich und er müsse verlangen, daß diese Gleichberechtigung jeder, auch das Deutsche Reich, anerkenne. Die Grundlage der österreichischen Politik sei die Erhaltung der historischen Sendung Oesterreichs im deutschen, aber auch im mitteleuropäischen Raum. Daraus ergebe sich von selbst die energische Zurückweisung jeder Einmischung, in Oesterreich eigene Lebensentwicklung. Das sei und bleibe auch weiterhin das unabänderliche Ziel. Dollfuß schloß folgendermaßen:

Jede damit verbundene vereinbarliche Entspannungsmöglichkeit wird, wie ich wiederholt betonte, und bereit finden.

### Die Antwort:

## Neue Bombentwürfe!

Wien, 2. Jänner. (DN) Die Amtliche Nachrichtenstelle berichtet aus Bregenz, daß dort in der Silvesternacht an der Frontseite des Landesregierungsgebäudes ein Sprengkörper zur Explosion gebracht wurde. Durch die Explosion sind 80 Fenster Scheiben am Regierungsgebäude und etwa 100 Fenster Scheiben an den benachbarten Gebäuden eingedrückt worden. Im Zusammenhang damit wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Nach der gleichen Quelle soll in Leoben ein Arbeiter die Straßensperren mit dem Neujahrsgruß: „Ein glückliches braunes Jahr!“ begrüßt haben. Als die städtische Polizei gegen den Mann einschritt, kam es zu Auseinandersetzungen, so daß die Gendarmen zur Verstärkung herangezogen wurde. Sie wollten nach kürzerer Zeit den Hauptplatz säubern. Dabei wurde ein Passant, gegen den von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, am Oberschenkel leicht verletzt.

### Waffenschmuggel ein gros

Wie die „Reichspost“ meldet, wurde in der letzten Zeit aus Deutschland nach Oesterreich

eine große Menge von neuem nationalsozialistischen Propagandamaterial und verschieden neuer Typen von Betarden, sowie von Gas- und Stinkbomben geschuggelt. Unter diesen neuen Waffen befindet sich auch eine neue Handgranate in der Größe eines Hähnerchens, die bei der Explosion Gase von außerordentlicher Schärfe verbreitet. Es handelt sich um Schmuggeltransporte großen Formates, die nicht nur über den Jnn, sondern auch per Post, per Bahn und mittels Automobilen erfolgten.

### 26 Kisten Propagandamaterial

Ein solcher Autotransport wurde in diesen Tagen in Wien angehalten und bestand aus 26 Kisten und Paketen verbotenen Propagandamaterials. Die Sendung führte der reichsdeutsche Kaufmann Lothar Kieck, der bereits einige ähnliche Transporte nach Wien brachte und die Sachen in verschiedenen Geschäften abließerte, von denen bereits einige ermittelt wurden.

## Neue Brüstierung der Sozialdemokratie

Wien, 31. Dezember. Die freie Organisation der Beamten des Sicherheitsdienstes, eine Gruppe der sozialdemokratischen Partei, wurde gestern aufgelöst.

Bekanntlich beabsichtigt die Regierung auch bei den österreichischen Arbeiterkammern Berwältigungskommissionen einzusetzen. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften legte der Bundesminister Schmitz Vorschläge vor, nach welchen sie nur ein Drittel der Mandate in den projektieren Verwaltungskommissionen erhalten sollten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben die Anträge des Bundesministers Schmitz abgelehnt. Auch weitere Verhandlungen haben sich zerschlagen.

Schmitz hat daraufhin gestern unter Ausschluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen die Ernennungen in die Verwaltungskommissionen vorgenommen. Die Mandate wurden zu Zweidrittel durch christlichsoziale Funktionäre, der Rest durch Heimwehr- bzw. deutschnationale Funktionäre besetzt.

Zum Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer wurde der bekannte christlichsoziale Gewerkschaftler Staud ernannt. Staud und die übrigen Mitglieder der Verwaltungskommissionen haben bereits heute den Eid in die Hände des Regierungskommissars der Wiener Arbeiterkammer, des gleichfalls jetzt ernannten Sektionschefs im Ministerium für Sozialfürsorge Dr. Hoffmann abgelegt.

## Mit gesammelter Kraft

Die wirtschaftliche und soziale Bilanz des Jahres 1933 ist für die Arbeiterschaft katastrophal. Die Weltarbeitslosigkeit hat sich kaum merklich gehöhert und die Lohn-, Arbeitsbedingungen und die gesamte Sozialgesetzgebung sind das Ziel konzentrischer Angriffe der Unternehmerklasse gewesen. Eine internationale Ueberflut führt zu der Feststellung, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse infolge der Fortdauer der Krise weiter verschlechtert hat. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien haben sich unter Aufbietung ihrer Kräfte für den Schutz der Arbeiter und der Arbeitskraft eingesetzt, aber nicht immer und nicht überall konnten sie die unter günstigeren Bedingungen erkämpften Errungenschaften halten. Diese Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum haben erneut Klarheit über die unerlösten kapitalistischen Pläne zur Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft gebracht. Wie viel schlimmer aber würde es um die Arbeiterschaft stehen, hätte sie in ihren starken wirtschaftlichen und politischen Organisationen nicht einen wirksamen Schutz zur Seite! Das sollten alle diejenigen nicht vergessen, die mitunter den Wert der Gewerkschaften herabsetzen, weil sie meinen — wohl in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse — daß diese nicht genügend für die Milderung der Krisenwirkungen tun.

Welche Aussichten für die Arbeiter- und Angehülltenchaft nun eröffnet das begonnene Jahr? Nehmen wir die Antwort gleich mit der Feststellung vorweg, daß vorläufig keine wesentlichen Merkmale zu sehen sind, die auf eine Erleichterung der Kampfbedingungen schließen lassen. So uneinheitlich auch sonst die Beurteilung der künftigen Entwicklung der Wirtschaft sein mag, beinahe geschlossen herrscht die Meinung vor, daß selbst bei einer Ueberwindung der akuten Krise, bei einer wesentlichen allgemeinen Steigerung der Produktion und des Absatzes, mit einem Verschwinden der Massenarbeitslosigkeit leider nicht gerechnet werden kann. Eine stärkere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten setzt bei der ununterbrochen weitergehenden Technisierung der Produktion nicht die Wiedereinstellung einer entsprechenden Anzahl menschlicher Arbeitskräfte voraus. Und so wertvoll zur Milderung der schweren Lage die unter dem Druck der Gewerkschaften und der parlamentarischen Arbeitervertretung durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind, eine dauernde Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit können sie nicht bringen. Unweniger, als die von den Arbeiterorganisationen aufgestellten Forderungen durch den kapitalistischen Einfluß eingeschränkt und verwässert werden.

Das Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit bedeutet für Hunderttausende Arbeitslose mit ihren Familien, also für Millionen Menschen in unserer Republik Verlängerung des Zustandes wachsender Verelendung, Verschärfung der Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander. Die Unternehmer machen aus ihren Angriffen auf Löhne und soziale Positionen der Arbeiterklasse kein Hehl mehr und drohen bei Gegenwehr der noch in Arbeit Stehenden und der Gewerkschaften mit denen, die seit Jahren ohne Arbeit sind und Tag für Tag erfolglos um Arbeit nachfragen. Es ist eine teuflische Spekulation unserer Klassenfeinde, zwischen der gewaltigen Armee der Arbeitslosen und den Arbeitenden einen tiefen Keil zu treiben und das sie einende Band der Klassenolidarität zu sprengen. Dieses Werk, mit hundertfältigen Mitteln betrieben, wird nicht immer von denjenigen durchschaut, die keine Opfer werden sollen. Sonst könnte der Nationalsozialismus oder Faschismus, der doch nichts anderes ist als eine Bewegung, bzw. ein Herrschaftssystem zur Rettung des Kapitalismus, nicht Lauf aus der Anachstellen. und









